



Ausgabe 27 | Juli 2019

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Verspätungsgeld für nicht fristgerecht übermittelte Rentenbezugsmitteilungen rechtmäßig
- > AdV; Leistungsbeschreibung bei Waren im Niedrigpreissegment

Finanzgerichte

- > Tonnagebesteuerung: Auflösung des Unterschiedsbetrages (§ 5a Abs. 4 EStG) bei Tod des Gesellschafters
- > Aus der Landeskasse gezahlte Aufwandsentschädigungen an eine ehrenamtliche Betreuerin können steuerpflichtig sein
- > Betriebsunterbrechung bei Nutzungsüberlassung des Betriebsgrundstückes während einer Dauer von 60 Jahren
- > Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks
- > Verfassungsmäßigkeit der Begrenzung des Verlustvortrags nach § 10a Satz 2 GewStG
- > Keine gewerbesteuerliche Hinzurechnung der vom Mieter vereinbarungsgemäß übernommenen Grundsteuer
- > VgA aus Ausfällen von Forderungen einer GmbH gegenüber ihrem Gesellschafter
- > Ist die Bremer Wettbürosteuer verfassungswidrig?

Finanzverwaltung

- › Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz - FKAustG

Weitere Meldungen

- › Vom Kabinett beschlossen: Reform der Grundsteuer
- › Bei welchen zusammenveranlagten Mandanten, die im Veranlagungszeitraum verstorben sind, könnte zu prüfen sein, ob eine Schenkung unter Ehegatten mit Spendenaufgabe vorliegt und die Spende beim hinterbliebenen Ehegatten einkommensteuerlich abziehbar ist?
- › Kindergeld bei eingliederiger Erstausbildung
- › Zustimmung zu Sonderabschreibungen beim Mietwohnungsneubau

› **Recht**

Arbeit und Soziales

- › Schritt für bessere Löhne in der Pflege - Bundeskabinett beschließt Gesetz
- › Gehaltsnachzahlungen können Elterngeld erhöhen
- › Gesetzliche Neuregelungen im Juli 2019: Kindergeld und Rente steigen
- › Krankenversicherung der Rentner für Beamtengattin?

Wirtschaftsrecht

- › Zum Einwand des Rechtsmissbrauchs gegenüber der Deutschen Umwelthilfe

Zivilrecht

- › Widerrufsrecht des Verbrauchers auch bei Online-Matratzenkauf

› **Wirtschaft**

Branchen

- › Aktuelle Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests Einzelhandel

Finanzen

- › FMH Finanzberatung - Mieten oder kaufen - so rechnen Sie richtig

Steuern

Verspätungsgeld für nicht fristgerecht übermittelte Rentenbezugsmitteilungen rechtmäßig

Bundesfinanzhof, X-R-28/17, Pressemitteilung vom 04.07.2019

Der BFH hat entschieden, dass die Erhebung von Verspätungsgeldern für nicht fristgerecht übermittelte Rentenbezugsmitteilungen verfassungsgemäß ist und insbesondere nicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstößt.

➤ **mehr in LEXinform 0449965 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



AdV; Leistungsbeschreibung bei Waren im Niedrigpreissegment

Bundesfinanzhof, XI-B-13/19, Beschluss vom 16.05.2019

1. Nach Maßgabe der summarischen Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Steuerfestsetzungen im Verfahren um eine AdV ist ernstlich zweifelhaft, ob der Vorsteuerabzug aus Rechnungen im sog. Niedrigpreissegment hinsichtlich der Leistungsbeschreibung voraussetzt, dass die Art der gelieferten Gegenstände mit ihrer handelsüblichen Bezeichnung angegeben wird oder ob insoweit die Angabe der Warengattung ("Hosen", "Blusen", "Pulli") ausreicht.
2. Es ist nicht ernstlich zweifelhaft, dass der Vorsteuerabzug versagt werden darf, wenn die Lieferung, über die abgerechnet worden ist, nicht bewirkt worden ist.
3. Es ist nicht ernstlich zweifelhaft, dass der Vorsteuerabzug versagt werden darf, wenn der Steuerpflichtige wusste oder hätte wissen müssen, dass er sich mit seinem Erwerb an einem Umsatz beteiligt hatte, der in eine Mehrwertsteuerhinterziehung einbezogen war....

➤ **mehr in LEXinform 5022237 | Umsatzsteuer**



Finanzgerichte

Tonnagebesteuerung: Auflösung des Unterschiedsbetrages (§ 5a Abs. 4 EStG) bei Tod des Gesellschafters

Finanzgericht Hamburg, 2-K-247/16, Mitteilung vom 28.06.2019

Das FG Hamburg hat zur Tonnagebesteuerung entschieden, dass der sog. Unterschiedsbetrag nach § 5a Abs. 4 Sätze 1 und 2 EStG in jedem Fall des Ausscheidens eines Gesellschafters hinsichtlich des auf ihn entfallenden Anteils dem Gewinn gem. § 5a Abs. 4 Satz 3 Nr. 3 EStG hinzuzurechnen ist, d.h. auch im Falle des Todes eines Gesellschafters.

➤ **mehr in LEXinform 0449941 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Aus der Landeskasse gezahlte Aufwandsentschädigungen an eine ehrenamtliche Betreuerin können steuerpflichtig sein

Finanzgericht Baden-Württemberg, 2-K-317/17, Pressemitteilung vom 02.07.2019

Die aus der Landeskasse an die Klägerin für ihre selbständige Tätigkeit als ehrenamtliche Betreuerin gezahlten Aufwandsentschädigungen sind nur in Höhe des Freibetrags nach § 3 Nr. 26b EStG steuerfrei. Übersteigen die Vergütungen den Freibetrag von 2.100 Euro bzw. 2.400 Euro ab dem Streitjahr 2013, sind sie insoweit steuerpflichtig. Dies hat das FG Baden-Württemberg entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0449959 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Betriebsunterbrechung bei Nutzungsüberlassung des Betriebsgrundstückes während einer Dauer von 60 Jahren

Finanzgericht Hamburg, 6-K-9/18, Mitteilung vom 28.06.2019

Das FG Hamburg hatte über die Frage einer Betriebsaufgabe zu entscheiden. Im Streitfall war das Betriebsgrundstück seit 1953 verpachtet worden. Das Gericht hat eine Betriebsaufgabe vor 2014 verneint, weil der Betrieb auch bei einer drei Generationen umfassenden Zeitspanne von der dritten Generation identitätswahrend hätte fortgeführt werden können und mithin nur von einer Betriebsunterbrechung auszugehen sei.

➤ **mehr in LEXinform 0449942 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks

Finanzgericht Baden-Württemberg, 14-K-3172/17, Pressemitteilung vom 03.07.2019

Erght ein Einkommensteuerbescheid hinsichtlich der Besteuerung von Leibrenten vorläufig, umfasst er nicht alle Leibrenten betreffende Rechtsfragen. Das hat das FG Baden-Württemberg entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0449963 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Verfassungsmäßigkeit der Begrenzung des Verlustvortrags nach § 10a Satz 2 GewStG

Finanzgericht Münster, 13-V-235/19-G, Beschluss vom 22.05.2019

1. An der Begrenzung des Verlustvortrags nach § 10a Satz 2 GewStG bestehen bei Vorliegen sog. "Definitiveffekte" verfassungsrechtliche Zweifel.
2. Ein solcher Definitiveffekt liegt vor, wenn durch Umstrukturierung Verluste aus einer atypisch stillen Beteiligung nicht mehr geltend gemacht werden können.

➤ **mehr in LEXinform 5022227 | Gewerbesteuer**



Keine gewerbesteuerliche Hinzurechnung der vom Mieter vereinbarungsgemäß übernommenen Grundsteuer

Finanzgericht Köln, 10-K-2174/17, Urteil vom 21.02.2019

1. Die von der Betriebskostenverordnung gedeckte Möglichkeit, die

- Grundsteuer durch ausdrückliche und inhaltlich bestimmte Regelung wie andere Betriebskosten auf den Mieter umzulegen, zwingt nicht bereits dazu, diese wie vom Mieter direkt zu tragende Kosten für Wasser, Strom und Heizung zu behandeln und von der Hinzurechnung auszunehmen.
2. Eine Hinzurechnung ist nicht bereits deshalb ausgeschlossen, weil ein Stpfl., der mit gemietetem Grundbesitz wirtschaftet, wegen der Hinzurechnungsbesteuerung einer höheren Gewerbesteuerbelastung unterläge als ein vergleichbar Gewerbetreibender, der mit eigenem Sachkapital arbeitet.
 3. Die Hinzurechnungsvorschriften müssen nicht in der Weise "folgerichtig" ausgestaltet sein, dass vergleichbare Betriebe in allen Sachverhaltskonstellationen in gleicher Höhe mit GewSt belastet werden.

➤ **mehr in LEXinform 5022223 | Gewerbesteuer**



VgA aus Ausfällen von Forderungen einer GmbH gegenüber ihrem Gesellschafter

Finanzgericht Münster, 13-K-3923/16-K-G, Urteil vom 12.04.2019

1. Eine Darlehensgewährung zwischen der Kapitalgesellschaft und dem Gesellschafter führt mangels Fremdüblichkeit zur vgA, wenn der Darlehensvertrag von Anfang an mangels nennenswerter Tilgungs- und Zinszahlungen seitens der Gesellschaft nicht ernsthaft durchgeführt worden ist.
2. Im Übrigen kann in einem späteren ausdrücklichen oder stillschweigenden Verzicht auf Rückzahlung der Darlehensvaluta eine vgA zu sehen sein.
3. Wird ein Darlehen uneinbringlich und hat die Gesellschaft es unterlassen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Darlehen zu sichern und zurückzuerhalten, kann dies einem Verzicht auf Rückzahlung gleichkommen.

➤ **mehr in LEXinform 5022226 | Körperschaftsteuer**



Ist die Bremer Wettbürosteuer verfassungswidrig?

Finanzgericht Bremen, 2-K-37/19, Pressemitteilung vom 27.06.2019

Das FG Bremen hat das Bundesverfassungsgericht angerufen. Das Finanzgericht ist davon überzeugt, dass die im Juli 2017 eingeführte kommunale Vergnügungssteuer für das Vermitteln und Verfolgen von Wetten (Wettbürosteuer) verfassungswidrig ist.

➤ **mehr in LEXinform 0449944 | Sonstiges Steuerrecht**



Finanzverwaltung

Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem Finanzkonten- Informationsaustauschgesetz - FKAustG

Bundesministerium der Finanzen, IV B 6 - S-1315 / 13 / 10021 :052, Schreiben vom 26.06.2019

Das BMF gibt die finale Staatsaustauschliste im Sinne des § 1 Absatz 1

FKAustG für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen zum 30. September 2019 bekannt.

➤ **mehr in LEXinform 5236905 | Internationales Steuerrecht**



Weitere Meldungen

Vom Kabinett beschlossen: Reform der Grundsteuer

Bundesregierung, Pressemitteilung vom 24.06.2019

Die Bundesregierung hat die Reform der Grundsteuer auf den Weg gebracht und damit ein wichtiges Vorhaben des Koalitionsvertrages umgesetzt. Die Neuregelung beachtet die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, sichert das derzeitige Aufkommensniveau und behält das kommunale Hebesatzrecht bei.

➤ **mehr in LEXinform 0449907 | Sonstiges Steuerrecht**



Bei welchen zusammenveranlagten Mandanten, die im Veranlagungszeitraum verstorben sind, könnte zu prüfen sein, ob eine Schenkung unter Ehegatten mit Spendenaufgabe vorliegt und die Spende beim hinterbliebenen Ehegatten einkommensteuerlich abziehbar ist?

DATEV Redaktion LEXinform, Produktinformation vom 04.07.2019

Den Aufruf dieser aktuellen Auswertung sowie Informationen zum Daten-Analyse-System finden Sie im Dokument 2300017 in LEXinform/Info-Datenbank.

➤ **mehr in LEXinform 2300017 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Kindergeld bei eingliederiger Erstausbildung

Deubner Verlag, Anmerkung vom 02.07.2019

Eine einheitliche Erstausbildung liegt nicht vor, wenn ein Kind nach der ersten Ausbildung eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, die neben einer weiteren Ausbildung als "Hauptsache" anzusehen ist.

➤ **mehr in LEXinform 0653648 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Zustimmung zu Sonderabschreibungen beim Mietwohnungsneubau

Bundesrat, Mitteilung vom 28.06.2019

Der Bundesrat hat den Sonderabschreibungen beim Mietwohnungsneubau zugestimmt. Das Gesetz ermöglicht privaten Investoren, befristet für vier Jahre fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten einer neuen Wohnung bei der Steuer geltend zu machen - zusätzlich zur bereits geltenden linearen Sonderabschreibung über zwei Prozent.

➤ **mehr in LEXinform 0449943 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**



Arbeit und Soziales

Schritt für bessere Löhne in der Pflege - Bundeskabinett beschließt Gesetz

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Pressemitteilung vom 19.06.2019

Das Bundeskabinett hat am 19.06.2019 den Entwurf eines Gesetzes für bessere Löhne in der Pflege (Pflegelöhneverbesserungsgesetz) beschlossen. Das Gesetz dient der Umsetzung der im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege vereinbarten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche.

➤ **mehr in LEXinform 0449932 | Arbeitsrecht**



Gehaltsnachzahlungen können Elterngeld erhöhen

Bundessozialgericht, B-10-EG-1/18-R, Pressemitteilung vom 27.06.2019

Gehaltsnachzahlungen können bei der Bemessung des Elterngelds berücksichtigt werden. Das hat das BSG entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0449930 | Sozialrecht**



Gesetzliche Neuregelungen im Juli 2019: Kindergeld und Rente steigen

Bundesregierung, Mitteilung vom 30.06.2019

Ab Juli steigen das Kindergeld, der Kinderzuschlag und die Renten. Geringverdiener zahlen weniger Sozialbeiträge. Und im Gerüstbau erhöht sich der Branchen-Mindestlohn. Diese und weitere gesetzliche Neuregelungen treten in Kraft. Die Bundesregierung hat einen Überblick zusammengestellt.

➤ **mehr in LEXinform 0449950 | Sozialrecht**



Krankenversicherung der Rentner für Beamtengattin?

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, L-5-KR-658/18, Pressemitteilung vom 02.07.2019

Auch unter Anrechnung von Kindererziehungszeiten kann eine privat krankenversicherte Beamtengattin nicht in die KVdR wechseln. Das hat das LSG Nordrhein-Westfalen entschieden.

➤ **mehr in LEXinform 0449961 | Sozialrecht**



Zum Einwand des Rechtsmissbrauchs gegenüber der Deutschen Umwelthilfe

Bundesgerichtshof, I-ZR-149/18, Pressemitteilung vom 04.07.2019

Der BGH hat entschieden, dass einer Unterlassungsklage der Deutschen Umwelthilfe gegen die Werbung eines Autohauses, die nicht alle gesetzlich vorgeschriebenen Verbraucherinformationen zum offiziellen Kraftstoffverbrauch und den CO₂-Emissionen enthält, nicht der Einwand des Rechtsmissbrauchs entgegengehalten werden kann.

➤ mehr in **LEXinform 0449969** | Wettbewerbs-/Kartellrecht



Zivilrecht

Widerrufsrecht des Verbrauchers auch bei Online-Matratzenkauf

Bundesgerichtshof, VIII-ZR-194/16, Pressemitteilung vom 03.07.2019

Der BGH hat entschieden, dass es sich bei einem Kaufvertrag, den ein Verbraucher mit einem Online-Händler über eine Matratze schließt, die ihm mit einer Schutzfolie versiegelt geliefert wird, nicht um einen Vertrag zur Lieferung versiegelter Waren handelt, die aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder der Hygiene zur Rückgabe ungeeignet sind, wenn die Versiegelung nach der Lieferung entfernt wird. Dem Verbraucher steht daher auch dann das Recht zu, seine auf den Vertragsschluss gerichtete Willenserklärung zu widerrufen, wenn er die Schutzfolie entfernt hat.

➤ mehr in **LEXinform 0449962** | Vertragsrecht



Wirtschaft

Branchen

Aktuelle Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests Einzelhandel

DATEV Redaktion LEXinform, Übersicht vom 26.06.2019

In LEXinform Wirtschaft stehen für 32 Branchen des Einzelhandels die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests für den Monat Juni 2019 zur Verfügung.

➤ mehr in **LEXinform 0179700**



Finanzen

FMH Finanzberatung - Mieten oder kaufen - so rechnen Sie richtig

FMH Finanzberatung, Frankfurt, Pressemitteilung vom 31.05.2019

Bei den teils horrenden Mieten, die aktuell den Wohnungsmarkt beherrschen, fragt sich so mancher Mieter, ob er nicht lieber kaufen sollte. FMH Finanzberatung verrät Ihnen, welche Faktoren entscheidend sind und wie Sie herausfinden, ob Sie eine Immobilie kaufen sollten oder lieber nicht. Quelle: FMH Finanzberatung, Frankfurt

➤ **mehr in LEXinform 2094208**



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie bitte nicht die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms, sondern senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Abbestellung oder Datenänderung

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz

Datenschutz | Impressum © DATEV eG